

**Initiative »Wir sind Deutschland – Volksgesetzgebung jetzt« I. M. C.**  
c/o Internationales Kulturzentrum Achberg e. V. 88147 Achberg ☎ 08380-98228 ☎ -675  
<mailto:wirinddeutschland@kulturzentrum-achberg.de> ★ [www.wirinddeutschland.org](http://www.wirinddeutschland.org)

Herrn Ernst Burgbacher, MdB  
Deutscher Bundestag  
11011 Berlin, Platz der Republik 1

Achberg, 15. März 2006

Betr.: Ihr Schreiben [Email] vom 7. 3. 2006 an Wilfried Heidt  
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung vom 25.1.06

Sehr geehrter Herr Burgbacher,  
für Ihre freundlichen Zeilen und Ihre Bereitschaft zur Information über den Fortgang Ihrer Gesetzesinitiative in Sachen dreistufige Volksgesetzgebung besten Dank - auch im Namen des Menschenkreises der Initiative »Wir sind Deutschland«, an der ich beteiligt bin.

Diese Initiative, die ihr Projekt zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf einer Internet-Homepage präsentiert [[www.wirinddeutschland.org](http://www.wirinddeutschland.org)], hat ja am 25. November 2005 dem Deutschen Bundestag eine »Öffentliche Petition« eingereicht und damit angeknüpft an seit 1983/84 aus der Zivilgesellschaft kommende Bestrebungen, zu denen es in jeder seitherigen Wahlperiode mindestens 1 Petition gegeben hat.

Durch die von der FDP-Fraktion nun hinzugekommene Initiative stehen inzwischen bis auf die CDU/CSU alle derzeit im Bundestag vertretenen Parteien - von Unterschieden in den jeweiligen Ausgestaltungsvorstellungen abgesehen - auf der Seite der Forderung, auch auf Bundesebene die dreistufige Volksgesetzgebung einzuführen. Um jetzt diesen Zeilen nicht allzuvielen weiteren Informationen anfügen zu müssen, könnten Ihnen Ihre Büromitarbeiter von der genannten Homepage die wichtigsten Texte ausdrucken, damit Sie sich, sehr geehrter Herr Burgbacher, über die in der Petition vertretene Position der Initiative informieren können.

Sie hat auch in einer *Synopse* [[www.wirinddeutschland.org/dokumentation.mtl](http://www.wirinddeutschland.org/dokumentation.mtl)] diese Position derjenigen des Gesetzentwurfes der FDP gegenübergestellt und aus ihrer Sicht die Unterschiede charakterisiert. In einem Schreiben an die Mitglieder der FDP-Fraktion wurde inzwischen auch zum Ausdruck gebracht, dass von Seiten der Initiative Interesse besteht, ins Gespräch zu kommen, um die Argumente auszutauschen und vielleicht gemeinsam überzeugende Sichtweisen zu finden. Unabhängig von den natürlich wichtigen Lösungsvorschlägen für die Ausgestaltung des Elementes der plebiszitären Demokratie ist die Initiative der Überzeugung, dass die Einführung dieses wichtigen Lebensprozesses, wie ihn die Volksgesetzgebung darstellt, nicht schon durch den parlamentarischen Beschluss desselben, sondern aus grundsätzlichen rechtsphilosophischen und demokratietheoretischen Gründen selbst durch Volksentscheid erfolgen sollte. Diese Forderung steht deshalb auch an der Spitze der »Öffentlichen Petition«. Wir würden uns freuen, wenn sich die FDP mit dieser Ansicht verbinden und diese Forderung in ihren Gesetzentwurf aufnehmen würde.

In einem Brief der Initiative an die Mitglieder Ihrer Fraktion will die Initiative dazu einladen. Es zeichnet sich ja bereits ab, dass sich die CDU/CSU der Forderung nach Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung abermals verweigern und die SPD als Partner in der Großen Koalition vielleicht nicht den Mut haben wird, mit den Oppositionsparteien für dieses Ziel in die Offensive zu gehen. Deshalb können alle, denen dieses Projekt ein ernstes Anliegen ist, für den Erfolg ihrer Bestrebungen nur darauf bauen, dass es gelingt, in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung sehr viel engagierte Zustimmung zu mobilisieren. Man kann überzeugt sein, dass das um so eher gelingen würde,

wenn sie das gemeinsam täten. Was sonst sollte die CDU/CSU umstimmen können? Unbenommen könnte es ja bleiben, dass zwei oder drei alternative Gestaltungsvorschläge zur Abstimmung zu bringen wären, damit der Souverän selbst über die Art und Weise der Ausgestaltung der Souveränität entscheiden könnte. Wie denken Sie über eine solche Vorgehensweise?

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unseren Erwägungen schenken werden und freuen uns, wieder von Ihnen zu hören.

Mit besten Grüßen  
Für die Initiative »Wir sind Deutschland«  
Wilfried Heidt